

Arbeitsgemeinschaft Braunschweiger Wohlfahrtsverbände (AGW)



Sprecher der AGW:

Norbert Velten
c/o Diakonie im Braunschweiger Land
gemeinnützige GmbH
Peter-Joseph-Krahe-Str. 11
38102 Braunschweig
Tel.: 0531 / 8 89 20 - 31
Fax: 0531 / 8 89 20 - 29
n.velten@diakonie-braunschweig.de

Datum: **12.12.2016**

Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Braunschweiger Wohlfahrtsverbände (AGW) zu der Streichungsoffensive der AFD gegen soziale und kulturelle Angebote in Braunschweig

Mit Verärgerung und Unverständnis haben die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege in Braunschweig von den Streichungsanträgen der AFD-Fraktion im Braunschweiger Stadtrat erfahren, die sich ohne jede Begründung gegen die Finanzierung der meisten in unserer Stadt über viele Jahre etablierten sozialen und kulturellen Angebote richten. Die Liste der Streichungsanträge ist erheblich und würde die soziale und kulturelle Infrastruktur der Stadt Braunschweig mit einem Federstrich auflösen. Folgende Anträge wurden gestellt:

*Brunsviga: Mietzuschuss kürzen, Arbeitskreis andere Geschichte: streichen; Gedenkstätte für Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft: streichen; Kunstverein Braunschweig: streichen; Bund Bildender Künstler: streichen; Jugendkunstschule buntich: streichen; Allgemeiner Konsumverein: streichen; Internationales Filmfest Braunschweig: streichen; LOT-Theater: streichen; Brunsviga: Zuschuss streichen; Friedenszentrum: streichen; DRK-Kaufbar: streichen
Gesamte Projekt- und Konzeptionsförderung sonstige kulturelle Projekte: streichen; Ev.-lutherischer Kirchenverband: streichen; Arbeiterwohlfahrt: streichen; Caritasverband: streichen; Diakonisches Werk: streichen; Deutsches Rotes Kreuz: streichen; Projekt „Demokratie leben!“: streichen; Dachverband der Elterninitiativen: streichen; Erziehungsberatungsstelle BEJ: streichen; Landesverband Braunschweig der Gartenfreunde: streichen*

Die Fokussierung der Streichungsanträge auf Einrichtungen, die sich in Braunschweig für Demokratie und ein friedliches und sozial ausgewogenes Klima einsetzen erscheint bemerkenswert.

Bei einem gemeinsamen Gespräch der AGW mit den Ratsfraktionen am 23.11.2016 gab es ausreichend Gelegenheit, sich über die von der Stadt Braunschweig geförderten Angebote der Wohlfahrtsverbände zu informieren. Es gab aber von der anwesenden AFD-Fraktion keine einzige Nachfrage dazu. Die Vorgehensweise, bestehende Angebote durch Anträge zur Mittelstreichung schließen zu lassen ohne sich auch nur im Geringsten für deren wichtige, positive Auswirkungen auf ein sozial verträgliches Klima in unserer Stadt zu interessieren zeigt uns, dass die mit dem AFD-Wahlerfolg verbundenen Befürchtungen eines destruktiven und zersetzenden Politikverständnisses bei dieser Partei zutreffen. Zudem zeigt sich hier ein zutiefst verantwortungsloser Umgang mit langjährigen Kooperationspartnern und gegenüber verdienstvollen Mitarbeitenden in den Angeboten der Freien Wohlfahrtspflege.

Mitglieder der AGW:

Arbeiterwohlfahrt - Kreisverband Braunschweig e.V. (AWO) ■ Caritasverband Braunschweig e. V. (CV) ■ Deutsches Rotes Kreuz - Kreisverband Braunschweig-Salzgitter e. V. (DRK) ■ Diakonie im Braunschweiger Land gemeinnützige GmbH (Diakonie) ■ Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V. - Kreisverband Braunschweig (PARITÄT)

Die öffentlichen Äußerungen des dort zitierten „Pressesprechers“ der AFD Braunschweig, Stefan Wirtz gegenüber „regionalBraunschweig.de“ bestätigen dies zudem.

Darin wird deutlich, dass Herr Wirtz die Zuwendungen der Stadt an die Verbände als eine Art Verbandsförderung für deren eigene Belange darstellt. Dass die Träger der Freien Wohlfahrtspflege in enger, partnerschaftlicher Kooperation mit der öffentlichen Wohlfahrtspflege der Kommune und dem staatlichen Subsidiaritätsprinzip folgend Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben der Stadtgesellschaft wahrnehmen und dabei in der Regel Eigenmittel, Spenden und Fördergelder von Dritten einbringen wird bewusst oder unbewusst ignoriert.

Zudem unterstellt Herr Wirtz mit seinen Äußerungen mangelnde Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der sozialen Tätigkeiten obwohl ihm aus dem o. g. Gespräch der AGW mit allen Ratsfraktionen bekannt ist, dass sämtliche Zuwendungen an Träger der Wohlfahrtspflege durch strenge Förderrichtlinien geregelt sind und im Zuge von Verwendungsnachweisen genau abgerechnet und die geleisteten Tätigkeiten jährlich detailliert beschrieben werden.

Und wenn Herr Wirtz von „...milliardenschweren karitativen Großkonzernen ... (die) massenhaft Steuergelder aus dem städtischen Haushalt einstreichen...“ spricht, dann kann dies nur schlicht als unwahr bezeichnet werden. Eine einfache Nachfrage bei den betroffenen Einrichtungen hätte genügt um zu begreifen, wie weit diese großspurigen Behauptungen von der Wirklichkeit entfernt sind. Im Übrigen unterliegen alle Träger der freien Wohlfahrtspflege selbstverständlich umfassenden Prüfungen durch die Finanzbehörden.

Abschließend muss von Seiten der AGW gesagt werden, dass wir aufgrund solchen unverantwortlichen Vorgehens keine Grundlage für eine Zusammenarbeit mit der AFD sehen. Vielmehr müssen wir uns schützend vor die zahlreichen hilfebedürftigen und schutzsuchenden Menschen in unserer Stadt stellen, damit sie von diesem Gedankengut nicht zusätzlich belastet und ausgegrenzt werden und dafür Sorge tragen, dass unsere engagierten Mitarbeitenden durch die Streichungsoffensive nicht verunsichert werden. Insofern sehen wir uns als Braunschweiger Wohlfahrtsverbände zum ersten Mal in unserer langjährigen Geschichte leider in der Situation, uns sehr grundsätzlich gegen eine der Ratsfraktionen positionieren zu müssen.

Unterzeichnende:

Arbeiterwohlfahrt, Gunter Kröger, Geschäftsführung

Caritasverband, Magdalena Gruber und Matthias Konrad, Vorstand

Deutsches Rotes Kreuz, Christian Blümel und Carola Mette, Vorstand

Diakonie, Anke Grewe und Norbert Velten, Geschäftsführung

Paritätischer Wohlfahrtsverband, Henning Eschemann, Geschäftsführung

Arbeiterwohlfahrt, Dirk Bitterberg und Rifat Fersahoglu-Weber, Vorstand